

DEMOKON – Research Paper III

Die Unbeteiligten in lokalen Energiewende - konflikten



Nina Kerker, Lucas Kuhlmann, Stine Marg, Nico Mokros, Beate Küpper, Simon Teune, Marius Michel

Göttingen/Mönchengladbach/Potsdam, Dezember 2022

Inhaltsverzeichnis

Kernbotschaften.....	5
1. Einleitung.....	5
2. Forschungsmethodik und -design.....	7
3. Wer sind die Unbeteiligten?	8
3.1. Soziodemografie und politische Einstellungen.....	9
3.2. Räumliche Betroffenheit durch die Energiewende	10
3.3. Interesse und Informationsbeschaffung.....	11
3.4. Haltungen zur Energiewende	12
4. Was kritisieren die Unbeteiligten?.....	15
4.1. Kritik an der Umsetzung	15
4.2. Lösungs- und Bewältigungsstrategien	19
5. Welche Rolle spielen populistische Argumentationsmuster?.....	21
6. Literatur.....	24
7. Anhang.....	25

Abbildungen

Abbildung 1:	Haltung der Unbeteiligten zur Energiewende.....	13
Abbildung 2:	Präferierte Entscheidungsmodi der Unbeteiligten.....	16

Tabellen

Tabelle 1:	„Was stört Sie am meisten an der Umsetzung der Energiewende?“ Zustimmung bzw. „teils/teils“- Bewertungen (in Klammern) zu den jeweiligen Aussagen unter Unbeteiligten und Aktiven.....	18
Tabelle 2:	Bundesweite Stichprobenverteilung nach soziodemografischen Merkmale der Unbeteiligten	25

Kernbotschaften

- I. Die normative Unterstützung in der Bevölkerung für die Energiewende in Deutschland liegt mit gegenwärtig gut 70 Prozent hoch. Dies gilt sowohl für die Gruppe der Aktiven (77,6 %) als auch der Unbeteiligten (65,2 %). Sich politisch an Energiewendekonflikten beteiligt zu haben, kann hier zwar als hinreichender Indikator dafür angesehen werden, dass die Energiewende persönlich auch eher befürwortet wird, stellt jedoch keine notwendige Bedingung dafür dar.
- II. Auch Bürger:innen, die im Kontext der Energiewende nicht direkt aktiv geworden sind, kommt in (lokalen) Konflikten innerhalb des Transformationsprozesses große Bedeutung zu. Die Unbeteiligten äußern durchaus großes Interesse an der Energiewende und deren Auswirkungen. Auch sollten soziale und emotionale Aspekte der politischen Einstellungen der Unbeteiligten in den Blick genommen werden, um zu vermeiden, deren Rolle im Transformationsprozess und bei diesbezüglichen Konflikten zu unterschätzen. Die vergleichsweise große Gruppe der Unbeteiligten beeinflusst die Stimmung vor Ort, ist Resonanzraum und potenzielle Rekrutierungsbasis der Konfliktparteien. Anders als oft vermutet und von populistischen Akteur:innen behauptet, gibt es in diesem Sinne keine „schweigende Mehrheit“, die die Energiewende pauschal ablehnt.
- III. Allerdings ist diese Gruppe der Unbeteiligten heterogen und unterscheidet sich sowohl in der soziodemografischen Zusammensetzung als auch in ihrer Wahrnehmung der Energiewende und deren Umsetzung teilweise deutlich von den Aktiven.
- IV. Sie äußern vor allem stärkere Kritik an der politischen Planung und Steuerung, der praktischen Umsetzung wie auch eher grundsätzliche Zweifel an der technischen Machbarkeit der Energiewende. Zu deren konzeptionellen Gestaltung und einer Vernachlässigung des Naturschutzes äußern sich die Unbeteiligten hingegen etwas weniger kritisch bzw. zurückhaltender als die Aktiven. Nur vereinzelt münden die Kritik und Skepsis in einer Fundamentalkritik und Ablehnung der Energiewende in ihrer jetzigen Form. Insgesamt ist in der Bewertung eine Diskrepanz von Idee („gut“) und Umsetzung („schlecht“) feststellbar. Dabei ist die Position der Unbeteiligten aber weniger häufig eindeutig als die der Aktiven und vermehrt im Graubereich (im Sinne von „teils/teils“) zwischen Befürwortung und Ablehnung zu verorten. Dies kann wiederum für eine ambivalente oder unentschlossene Meinungsbildung stehen, die durch unterschiedliche Einflüsse noch in die eine oder andere Richtung verändert werden kann.
- V. Aus der Kritik lassen sich verschiedene Hindernisse, Widerstände und Blockadepotenziale ablesen, welche den gesellschaftlichen Rückhalt für die Energiewende unterminieren und damit den Umgestaltungsprozess beeinträchtigen könnten. Kritische Punkte sind insbesondere steigende Preise und Kosten, soziale Ungerechtigkeit sowie die Intransparenz ablaufender Prozesse.
- VI. Die Erzählungen der Unbeteiligten über die Energiewende allgemein und die konkreten Energiewendeprojekte vor Ort sind zum Teil von populistischen Narrativen, Deutungen und Argumentationsmustern durchwirkt. Allerdings treffen diese als Bestandteil eines spezifischen Anti-Energiewende-Populismus einerseits auf Resonanz und andererseits auch auf Resilienz. Die Wirkmächtigkeit dieses Phänomens muss daher künftig näher bestimmt werden.

1. Einleitung

Bei der Analyse von Konflikten stehen in der Regel diejenigen im Vordergrund, die aktiv in das Geschehen involviert sind. In lokalen Auseinandersetzungen wie z. B. um die Errichtung von Stromtrassen oder Windkraftanlagen können das auf der einen Seite Projektplaner:innen, Unternehmen und Eigentümer:innen von Grundbesitz sein, die ein Energiewendeprojekt aus verschiedenen Gründen – z. B. ökonomische Motive/Gewinnmaximierung oder Erfüllung politischer Zielvorgaben – vorantreiben wollen. Auf der anderen Seite finden sich Anwohner:innen und Bürgerinitiativen, die von der Realisierung spezifischer Energiewendeprojekte Nachteile erwarten und sich deshalb aktiv dagegen stellen. Auch hier sind die Handlungsmotive divers: Mal geht es darum, unerwünschte Veränderungen des Landschaftsbildes abzuwenden, mal befürchten die Gegner:innen Gesundheitsrisiken, auch rührt das Engagement manchmal aus der Wahrnehmung in betroffenen Gemeinden, in finanzieller oder prozessualer Hinsicht benachteiligt zu werden.

Unabhängig davon, ob sich Menschen nun für oder gegen Infrastrukturprojekte der Energiewende einsetzen, gilt diesen aktiv handelnden Akteursgruppen – den „Konfliktgestalter:innen“ – gemeinhin das Hauptinteresse der Öffentlichkeit wie auch der wissenschaftlichen Beobachter:innen. In den letzten Jahren sind viele Energiewendevorhaben durch Proteste verhindert worden, nicht zuletzt, weil politisch Verantwortliche den Konflikt zu scheuen scheinen bzw. man sie von Vorhaben abbringen lassen konnte.

Gleichwohl gibt es in jedem lokalen Energiewende-Konflikt auch jene – und das ist oft die Mehrheit vor Ort –, die sich *nicht* aktiv einbringen. Einige mögen noch gar nicht mitbekommen haben, dass ein Energiewendevorhaben bei ihnen vor Ort geplant ist, andere interessieren sich nicht oder nur am Rande dafür und werden erst aktiv, wenn das Vorhaben kurz vor der Umsetzung steht. Mitunter begleiten diese Menschen den oft mehrjährigen Prozess und das entsprechende Vorhaben von außen, erfahren etwas über die Projektplanung, haben vielleicht auch eine konkrete Meinung dazu, doch äußern sie diese nicht öffentlich und greifen (noch) nicht handelnd in das Konfliktgeschehen ein.

Während die Konfliktakteur:innen zunehmend erforscht werden und insbesondere Projektgegner:innen in der Vergangenheit intensiv beleuchtet worden sind, wissen wir über diese im Konflikt **Unbeteiligten**, die auch oftmals als „schweigende Mehrheit“¹ bezeichnet werden, indes sehr wenig.

Auch wenn die heterogene Gruppe der Unbeteiligten selbst nicht handelnd aktiv wird, so sie ist doch essenzieller Teil von Konflikten, und zwar in doppelter Hinsicht:

- ▶ Die Unbeteiligten sind zunächst *Resonanzraum* für die Konfliktbeteiligten. Sie bilden das - weitgehend unbekannte - Publikum, vor dem die Konfliktakteur:innen ihre Auseinandersetzungen austragen und werden deshalb von Aktiven wie Lokalpolitiker:innen und Lobbygruppen, Projektplaner:innen oder Projektgegner:innen i.d.R. mitgedacht - zumindest implizit.

¹ Gerade in der Politikwissenschaft taucht der Begriff der „schweigenden Mehrheit“ überwiegend negativ konnotiert auf und ist hier gemeinhin als Synonym für eine entpolitisierte und passive Masse gebräuchlich, die sich nicht selbst zu artikulieren vermag. Die Idee einer schweigenden Mehrheit wird aber auch als Unterstellung einer nicht geäußerten Unterstützung für die eigene Position politisch in Stellung gebracht. Wir ziehen an dieser Stelle deshalb den Begriff der Unbeteiligten vor, den wir als wertfreie, rein deskriptive Kategorie verstehen.

- ▶ Zweitens bilden die Unbeteiligten ein *Reservoir* von potenziell Aktivierbaren, das von den unterschiedlichen Konfliktparteien, überwiegend den Gegner:innen, mitunter auch strategisch angesprochen wird, um den eigenen Vorhaben und Positionen mehr Gewicht zu verleihen. Gerade in verhärteten Konfliktkonstellationen scheint diese mobilisierbare Gruppe nicht selten das Zünglein an der Waage zu sein, welches über Erfolg oder Misserfolg eines Projekts entscheiden kann.

Um lokale Konfliktdynamiken im Kontext der Energiewende für Entscheidungsträger:innen nachvollziehbar zu machen und die Qualität politischer Outputs zu verbessern, ist es insofern von enormer Bedeutung, die heterogene Gruppe der Unbeteiligten genauer in den Blick zu nehmen.

Das von der Stiftung Mercator von 2019 bis 2022 geförderte Forschungsprojekt „Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende“² (DEMOKON) widmet dieser Gruppe deshalb besondere Aufmerksamkeit. Im vorliegenden DEMOKON - Research Paper III lenken wir den Blick auf genau diejenigen, die in die Konflikte um die Energiewende im Allgemeinen oder um konkrete lokale Projekte selbst nicht handelnd eingreifen.

Im Folgenden tragen wir zentrale Befunde des DEMOKON-Projektes zu den an Energiewendekonflikten Unbeteiligten zusammen, um Antworten auf drei **Leitfragen** zu geben:

- ▶ Wer sind die an Energiewendekonflikten Unbeteiligten?
- ▶ Wie nehmen die Unbeteiligten die Energiewende wahr und was kritisieren sie an dem Projekt und seiner Umsetzung – wenn sie Kritik üben?
- ▶ Inwiefern sind populistische Deutungen der Energiewende bei den Unbeteiligten anknüpfungsfähig?

² Weitere Informationen zum Projekt finden sich unter <http://demokon.de>.

2. Forschungsmethodik und -design

Das Projekt führt qualitative und quantitative Ansätze sowie verschiedene fachwissenschaftliche Perspektiven zusammen. Die qualitativen Befunde zu den Unbeteiligten gehen auf die Auswertung von Einzelinterviews (n = 31) und Gruppendiskussionen (n = 6) in drei Fallregionen zurück, die jeweils für ein spezifisches Konfliktfeld der Energiewende stehen: In Spremberg, einer Kleinstadt in der Niederlausitz (Brandenburg), führt der geplante Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zu einem regional wie bundesweit ausgetragenen Konflikt; im Landkreis Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) beschäftigt der Aus- bzw. Umbau einer Hochspannungsleitung Teile der Lokalbevölkerung; und in der Region um die Friedländer Große Wiese (Mecklenburg-Vorpommern) wird um die Errichtung von Windkraftanlagen gestritten.

Die quantitative Analyse der Unbeteiligten basiert auf einer von uns in Auftrag gegebenen Onlineumfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Forsa. Dafür ist zum einen eine bundesweite Stichprobe gezogen worden, aus der insgesamt 2.012 Haushalte zwischen April und Mai 2021 an der Umfrage zu Herausforderungen der Energiewende in Deutschland teilgenommen haben. Zum anderen wurden auf der Grundlage der unterschiedlichen Konfliktfelder vier regionale Stichproben mit jeweils rund 500 weiteren Personen gezogen: Für die Braunkohlegebiete Lausitz und Rheinisches Revier wie auch für Regionen und Landkreise, in denen viele Windrad- oder Stromtrassenprojekte geplant oder im Bau sind. Allerdings konnte aufgrund zu geringer Fallzahlen für die Lausitz und die Stromregionen keine Zufallsauswahl realisiert werden.

Für die bundesweite Stichprobe konnten die Antworten der Befragten hingegen repräsentativ für Internetnutzer ab 16 Jahren in Deutschland nach Bundesland bzw. Region, Alter und Geschlecht gewichtet werden. Für das Rheinische Revier und die Windradregionen wurden die Daten zwar nach Alter und Geschlecht gewichtet, allerdings können wir auch für diese Fallregionen keine Repräsentativität beanspruchen (vgl. auch Teune et al. 2021). Für einen Zeitvergleich in den Fallregionen wurden die Personen rund ein Jahr später, im Frühjahr 2022, ein zweites Mal befragt (Welle 1 = 2.018 Befragte; Welle 2 = 1.685), da in den Konfliktregionen mehr Dynamik zu erwarten war und so eine Überprüfbarkeit geschaffen werden sollte, ob sich die Einstellungen und Haltungen, aber auch die Beteiligung über die Zeit verändern. Die nachfolgenden Auswertungen und Ergebnisse beziehen sich zunächst auf die Unbeteiligten in der bundesweiten Stichprobe, bevor für die Unbeteiligten gesondert Unterschiede zwischen den Fallregionen und über die Zeit berichtet werden, sofern diese Ergebnisse vom Bundesschnitt abweichen oder sich Veränderungen über die Zeit feststellen lassen.

3. Wer sind die Unbeteiligten?

Grundsätzlich verstehen wir unter den Unbeteiligten eine **heterogene Gruppe**, deren kleinster gemeinsamer Nenner darin besteht, bisher nicht in Bezug zur Energiewende (politisch) aktiv gewesen zu sein, sich also nicht an Konflikten rund um die Energiewende beteiligt zu haben. Das bislang ausbleibende Engagement der Unbeteiligten bedeutet aber nicht, dass sie sich nicht betroffen fühlen, keine Meinung zur Energiewende haben oder nicht auch Kritik an deren Umsetzung üben.

Wie involviert Bürger:innen im Kontext der Energiewende sind, ist nicht absolut, sondern dimensional und graduell zu verstehen und so lassen sich auch die Unbeteiligten auf drei Ebenen verorten: Auf der **kognitiven Ebene** finden sich Unbeteiligte, die sich für die Energiewende und ihre Auswirkungen überhaupt nicht interessieren, denen auch etwaige lokale Konflikte gleichgültig sind, und solche, die alle Entwicklungen aufmerksam beobachten und sich kontinuierlich auf dem Laufenden halten. Auf der **emotionalen Ebene** reicht das Spektrum von Personen, die von einem Konflikt gar nicht berührt sind, bis hin zu jenen, die ihn aufgewühlt und hochemotional mitverfolgen. Die Zuordnung zur Gruppe der Unbeteiligten erfolgt im DEMOKON-Projekt zunächst unabhängig von der Wahrnehmung der Energiewende im Allgemeinen und/oder einem konkreten Infrastrukturprojekt als Konfliktfeld (kognitive Dimension) sowie der subjektiv empfundenen Belastung oder Betroffenheit (emotionale Dimension). Einzig ob Personen anlässlich der Energiewende auf der **Handlungsebene** aktiv gewesen sind, wird als Kriterium zur Unterscheidung der Unbeteiligten von den Aktiven herangezogen. Zu den Aktiven werden dabei alle Personen gezählt, die in der Umfrage angegeben haben, die Politiker*innen oder Vertreter*innen der Verwaltung kontaktiert, eine Petition unterzeichnet, Informationen verbreitet, auf Social Media politisch Stellung genommen, an einer Kundgebung oder Demonstration teilgenommen, sich mit anderen in einer Bürgerinitiative organisiert, an einer Aktion, wie z. B. einer Blockade oder Besetzung teilgenommen oder schon vor Gericht gegen ein Energiewendeprojekt geklagt zu haben. Zudem wurden noch Personen zu den Aktiven gezählt, die an anderer Stelle der Umfrage ganz allgemein angegeben haben, sich in der Vergangenheit zum Thema Energiewende engagiert zu haben. Die Bestimmung der Aktiven dient hier vor allem zu statistischen Zwecken als Vergleichsgruppe für die Betrachtung der Unbeteiligten.

Hinzuzufügen ist, dass die Unbeteiligten hinsichtlich der angeführten Aktions- bzw. Protestformen angegeben haben, diese *bisher* nicht genutzt zu haben, was allerdings auch nur ein kleiner Anteil der Unbeteiligten für sich zukünftig ausschließen würde. Rund 8 von 10 Unbeteiligten könnten sich zumindest vorstellen, in der einen oder anderen Form noch aktiv zu werden.³

³ In Welle 2 werden zwei Merkmale ergänzt, die zugunsten der Vergleichbarkeit der beiden Wellen und aufgrund fehlender statistischer Signifikanz nicht in die o.g. Definition miteinfließen: An Angeboten zur Bürgerbeteiligung teilnehmen sowie mit Nachbarn oder Bekannten zu diskutieren. Interessant für die Konfliktregionen ist hierbei, dass diese Items die allgemeine Tendenz widerspiegeln, dass in der Lausitz und den Stromtrassenregionen eine geringere Beteiligung und auch eine geringere Bereitschaft zur Beteiligung herrscht. Besonders in der Lausitz ist die Bereitschaft zur Beteiligung (auch in der Zukunft) durchweg niedriger. So gibt beispielsweise über ein Viertel der Befragten dort an, noch nicht an einer Bürgerbeteiligungsveranstaltung teilgenommen zu haben und auch in Zukunft kein Interesse an einer Teilnahme zu haben.

In der qualitativen Erhebung erfolgte der Ausschluss der Befragten über Vorgespräche, mit denen sichergestellt werden sollte, dass die Befragten nicht handlungsförmig in den Konflikt involviert sind. Unerheblich ist bei der Kategorisierung die Ausrichtung des Engagements. Die Aktiven können sich demnach sowohl für als auch gegen die Energiewende im Allgemeinen oder Einzelnen einsetzen.

3.1. Soziodemografie und politische Einstellungen

Unter Anwendung unserer Konzeption der Unbeteiligten kann eine entsprechende Teilgruppe (n = 1.094) gebildet werden, die sich soziodemografisch als auch in den politischen Einstellungen teilweise signifikant von den im Kontext der Energiewende Aktiven (n = 918) unterscheidet (zur tabellarischen Übersicht siehe Tabelle 2 im Anhang). In der bundesweiten Stichprobe liegt das entsprechende Verhältnis von Unbeteiligten zu Aktiven bei circa 50:50, aber mit etwas mehr Unbeteiligten. Dabei sind die Unbeteiligten im Bundesdurchschnitt etwas älter (MW = 51,7 Jahre) als die Aktiven (MW = 45 Jahre) und unter ihnen sind tendenziell mehr Frauen als Männer, wobei das Geschlechterverhältnis bei den Aktiven genau umgekehrt ist. Jeweils rund ein Drittel der Unbeteiligten hat einen Volks-/Hauptschulabschluss oder eine mittlere Reife. 38 Prozent haben eine Fachhochschulreife oder das Abitur als höchsten Schulabschluss, was unter den Aktiven mit fast 60 Prozent bei einer deutlichen Mehrheit der Fall ist. Dies spiegelt sich auch bei den Ausbildungsabschlüssen wider. Die Unbeteiligten haben mehrheitlich eine Berufsausbildung abgeschlossen (52,8 %) und deutlich seltener eine Hochschule (23,8 %) als die Aktiven, bei denen zwar auch der Großteil eine Berufsausbildung als höchste Qualifizierung angegeben hat (37,4 %), aber kaum weniger von ihnen über einen Hochschulabschluss verfügen (33,8 %). Zudem sind unter den Aktiven 10 Prozent der Befragten noch in der Schule, in Ausbildung oder im Studium und damit fast doppelt so viele wie unter den Unbeteiligten (5,7 %).

Hinsichtlich ihres Haushaltseinkommens unterscheiden sich die Unbeteiligten dagegen weniger von den Aktiven, wobei erstere vor allem seltener als einkommensschwach gelten können. Regional sind die Gruppen in Ost- und Westdeutschland annähernd gleich verteilt mit einer leichten Tendenz von mehr Unbeteiligten, die in Ostdeutschland leben, aber entsprechend auch etwas häufiger in ländlichen Räumen und seltener in Stadtgebieten als die Aktiven. Politisch verorten sich die Unbeteiligten selbst mehr in der Mitte (66,6 %) als rechts davon (6,1 %). Unter den Aktiven verorten sich mehr als doppelt so viele Befragte politisch links (36,7 %) als unter den Unbeteiligten (17,6 %). Dies zeigt sich auch in den Parteipräferenzen. Die Aktiven sympathisieren mit knapp 10 Prozent doppelt so häufig wie die Unbeteiligten für die Linke sowie mit 33,3 Prozent am stärksten für die Grünen. Die Unbeteiligten neigen hingegen am stärksten zur CDU/CSU (30,5 %) und teilweise noch zur SPD (18,3 %), was prozentmäßig darüber hinaus dem Anteil der Unbeteiligten entspricht, der angegeben hat, keine Parteipräferenz zu haben.

In den Konfliktregionen und über die zwei Befragungswellen deckt sich die soziodemografische Zusammensetzung weitgehend, weist jedoch folgende signifikanten Unterschiede auf: Die Zahl der Aktiven liegt in der zweiten Welle höher als in der ersten Welle (höchste Differenz: +11 % in den Windregionen) und übersteigt in den einzelnen Regionen die Zahl der Unbeteiligten. Eine Ausnahme bildet hierbei die Lausitz, wo sich nur ein leichter Anstieg der Beteiligung feststellen lässt (+3 %) und die die Anzahl der Unbeteiligten auch in der erneuten Befragung überwiegt.

Altersunterschiede zwischen Beteiligten und Aktiven bestehen in den Regionen nicht und, bis auf etwas mehr männliche Aktive in den Windkraftregionen, auch keine Geschlechterunterschiede. Das Bildungs- und Ausbildungsniveau der Unbeteiligten entspricht in den Regionen annähernd dem der Aktiven, wobei in der Lausitz auffallend viele Aktive über einen Fachhochschulabschluss verfügen (rund 10 % mehr als in den übrigen Regionen). Bezüglich des Haushaltseinkommens besteht ein generell höheres Einkommen in den Windregionen. Auch leben in den Windregionen besonders viele Menschen auf dem Land. Bei der politischen Selbsteinschätzung fällt die Anzahl von Aktiven in der Rhein-Ruhr-Region auf, die sich weiter rechts verortet als in den übrigen Regionen (+4 %). Betreffend der Parteipräferenz ist anzumerken, dass im regionalen Vergleich überdurchschnittlich viele Unbeteiligte in der Region Rhein-Ruhr mit der CDU sympathisieren (36,6 %). In der Lausitz sind rund 10 % der Aktiven der AfD zugeneigt, aber auch die Linke erhält in der Lausitz einen höheren Zuspruch als in den anderen Regionen (13 % bei Unbeteiligten; 15% bei Aktiven). Über die Zeit ist noch festzustellen, dass besonders viele Anhänger:innen der Grünen von Unbeteiligten zu Aktiven werden.

3.2. Räumliche Betroffenheit durch die Energiewende

Zunächst stellt sich die Frage, wieviel die Unbeteiligten überhaupt von der Energiewende und lokalen Vorhaben wissen bzw. wie interessiert sie daran sind. Dieser Aspekt wurde im Hinblick auf unterschiedliche Maßnahmen und Technologien der Energiewende untersucht: den Bau von Windrädern, Biogasanlagen oder Solaranlagen auf Freiflächen sowie von Stromtrassen über Land. Von den insgesamt 2.012 bundesweit Befragten sagt knapp die Hälfte, dass es kein laufendes oder geplantes Energiewendeprojekt in ihrer Wohnumgebung gibt, und weitere 43 Prozent können dazu keine Angabe machen oder wissen es nicht. Lediglich 8,6 Prozent haben Kenntnis über ein solches Projekt. Für den Vergleich der Unbeteiligten und Aktiven verhält es sich im Wesentlichen genauso mit dem einzigen Unterschied, dass die Unbeteiligten noch etwas seltener (6,6 %) von einem Energiewendeprojekt berichten und die Aktiven dafür etwas häufiger (11 %).

Für die Befragten in den Konfliktregionen stellt sich die Situation anders da. Über die Zeit und Beteiligung hinweg geben rund ein Drittel der Befragten an, dass kein Projekt in ihrer Wohnumgebung existiere. Rund die Hälfte der Befragten wissen von einem solchen Projekt, wobei die Unkenntnis über Projekte in den Leitungsregionen höher ist. In den Windkraftregionen geben Aktive häufiger an, über die Existenz oder Planung einer Windkraftanlage Bescheid zu wissen (69,9 %) als Unbeteiligte (56,2 %), die wiederum häufiger angeben, dass ein solches Projekt nicht existiert (33 %) als die Aktiven (20 %). In den Stromtrassenregionen ist zu bemerken, dass deutlich mehr Unbeteiligte (39,7 %) angeben, dass es in ihrer Region ein Projekt gibt, als Aktive dies tun (29,6 %).

Dass sich die Unbeteiligten bundesweit insgesamt seltener räumlich von Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien betroffen sehen, wird darüber hinaus durch die mehrheitlich emotional zurückhaltende Reaktion auf die Umsetzung der Energiewende bekräftigt. Die Gruppe scheint hiervon kaum berührt zu sein, weder besonders positiv noch negativ. Verbreitet ist allerdings das Gefühl der Machtlosigkeit. Fast die Hälfte gibt an, sich "äußerst" oder "erheblich" machtlos zu fühlen, womit sich die Unbeteiligten aber kaum von den Aktiven unterscheiden.

Das Gefühl der Machtlosigkeit zieht sich in dieser Intensität auch durch die Konfliktregionen und über die Zeit. Eine deutliche Differenzierung anhand der Emotionalisierung wie im bundesweiten Sample lässt sich für den Vergleich zwischen Aktiven und Unbeteiligten für die Konfliktregionen jedoch nicht feststellen. Generell dominieren, neben dem Gefühl der Machtlosigkeit, Frust und Wut über die Umsetzung der Energiewende. So ist über ein Drittel frustriert und rund ein Viertel der Befragten in den Konfliktregionen ist wütend. Deutlich weniger ausgeprägt sind dahingegen Angst und Hoffnung mit rund 13-17 Prozent der Befragten über die Zeit.

3.3. Interesse und Informationsbeschaffung

Fragen zum Interesse an Themen der Energiewende offenbaren eine beachtliche Auseinandersetzung der Bundesbürger:innen mit dem Transformationsprozess. Eine deutliche Mehrheit interessiert sich „stark“ oder „sehr stark“ für die Energiewende im Allgemeinen (69,9 %) wie auch für deren Auswirkungen auf ihre Stadt oder Gemeinde (64,4 %). Auch fast so viele Unbeteiligte setzen sich mit dem Umbau auseinander: 61 Prozent interessieren sich nach eigenen Angaben „stark“ oder „sehr stark“ für die Energiewende im Allgemeinen und 55 Prozent für deren Auswirkung auf ihre Stadt oder Gemeinde. Unter den Aktiven liegt dieses Interesse mit 80 sowie 75 Prozent noch deutlich höher, insbesondere der Anteil derjenigen, die sich dabei „sehr stark“ interessieren. So beschaffen sich auch mehr Aktive aktiv Informationen, um sich über die Energiewende auf dem Laufenden zu halten (24,4 %), was von den Unbeteiligten mit knapp 10 Prozent weniger als halb so viele tun. Die meisten Befragten haben angegeben, Informationen dazu (passiv) zur Kenntnis zu nehmen; sowohl von den Unbeteiligten (82 %) als auch den Aktiven (73 %). Rund weitere 8 Prozent der Unbeteiligten beschaffen sich weder aktiv Informationen noch nehmen sie welche zur Kenntnis. Bei den Aktiven trifft das lediglich auf 3 Prozent zu.

Auch in den Konfliktregionen liegt der Fokus auf der Energiewende im Allgemeinen. Ein starkes bzw. sehr starkes Interesse hieran äußern fast drei Viertel der Befragten über die Zeit, wobei dieses Interesse in der Lausitz in der ersten Befragung noch viel schwächer ausgeprägt ist (63,1 %). Das Interesse an den Auswirkungen auf die eigene Stadt oder Gemeinde ist mit rund 70 Prozent über die Zeit nur wenig schwächer ausgeprägt. Betrachtet man die Unbeteiligten und Aktiven im regionalen Vergleich, so ist zu beobachten, dass das Interesse der Unbeteiligten an den Auswirkungen der Energiewende in ihrer Stadt bzw. Gemeinde über die Zeit leicht steigt (rund 4-5 %), während für die Aktiven festzustellen ist, dass das Interesse gleichbleibend hoch ist, in den Kohleregionen jedoch ein wenig an Intensität verliert. Des Weiteren kann für das Rheinische Revier festgehalten werden, dass von der ersten auf die zweite Befragung die Praxis der aktiven Informationsbeschaffung unter den Aktiven um fast 10 Prozent (von 44,1 % auf 34,5 %) zurückgeht, wobei dies in den Windregionen um rund 10 Prozent ansteigt, sowohl bei den Aktiven (von 28,6 % auf 28,1 %) als auch bei den Unbeteiligten (von 11,2 % auf 23,3 %).

3.4. Haltungen zur Energiewende

Hier kann zunächst die grundsätzliche und mehrheitliche Befürwortung der Energiewende von über 70 Prozent auf Ebene der bundesweiten Stichprobe in den Vordergrund gestellt werden. 8 Prozent stehen der Energiewende hingegen ablehnend gegenüber, während rund 20 Prozent der Befragten dahingehend “teils/teils” angegeben haben und damit keine eindeutige Position formuliert bzw. sich nicht unmittelbar für oder gegen die Energiewende ausgesprochen haben. Für die Gruppe der Unbeteiligten verringert sich die Befürwortung auf 65 Prozent und verschiebt sich in den “teils/teils”-Bereich (26 %). Dies gilt ähnlich, jedoch in die andere Richtung, für die Aktiven, mit rund drei Vierteln, die die Energiewende klar befürworten und 15 Prozent, die unentschlossen zu sein scheinen. Der Energiewende wiederum Ablehnung gegenüber äußern rund 7 Prozent der Aktiven und 9 Prozent der Unbeteiligten.

In den Konfliktregionen zeigt sich diese grundsätzliche und mehrheitliche Befürwortung der Energiewende ebenfalls, wobei zu bemerken ist, dass die Befürwortung tendenziell steigt, besonders um rund 10 % in den Kohleregionen. Ein großer Unterschied zwischen Aktiven und Unbeteiligten in den Regionen und über die Zeit: Die Unbeteiligten äußern sich durchweg weniger oder weniger stark befürwortend. Die größte Ablehnung erfährt die Energiewende mit Abstand in der Lausitz (16,7 %). Dort steigt die Ablehnung im Gegensatz zu den anderen Regionen sogar noch etwas an und ist unabhängig von Beteiligung. Zudem bestanden in der Lausitz die meisten uneindeutigen Positionen in der ersten Welle (36,7 %), die über das Jahr aber zurückging und zu Ablehnung oder Befürwortung geworden sind.

Um die große Gruppe zwischen den **entschiedenen Befürwortern** und den wenigen **entschiedenen Gegner:innen** näher zu beschreiben, lassen sich auf Basis der qualitativen Forschung die **partiellen Energiewendebefürworter:innen und -gegner:innen** als Subgruppen unterscheiden. Die partiellen Befürworter:innen stehen der Energiewende als normativer Leitidee und dem beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien grundsätzlich positiv gegenüber, begreifen fossile und/oder nukleare Energiegewinnung aber als notwendige Brückentechnologie, auf die man für eine gewisse Übergangszeit nicht verzichten könne. Auch die partiellen Gegner:innen erkennen an, dass es einer strukturellen Umgestaltung des gegenwärtigen Energiesystems bedarf, und unterstützen den moderaten Ausbau erneuerbarer Energien. Im Unterschied zu den (partiellen) Befürworter:innen sind sie aber der Auffassung, dass die regenerativen Energieformen dauerhaft durch nukleare und/oder fossile Energieträger ergänzt werden müssen.⁴

⁴ Folgendes gilt es an dieser Stelle hervorzuheben: Die hier skizzierte Typologie ist ungleich derjenigen, die im zweiten DEMOKON Research Paper präsentiert wurde (vgl. Teune et al. 2021: 10). Letztere knüpft – auf Basis quantitativer Daten – an unterschiedliche Haltungen zur Energiewende und Bewertungen ihrer Umsetzungen an. Die hier dargestellten (Ideal-)Typen wurden hingegen aus den qualitativen Einzel- und Gruppeninterviews gewonnen und „ausschließlich“ anhand der jeweiligen Einstellungen zur Energiewende im Allgemeinen sowie ihren einzelnen Kernmaßnahmen (Ausbau der erneuerbaren Energien, Kohleausstieg und Atomausstieg) voneinander abgegrenzt. Diese Typen lassen sich folglich auch nicht mit denen aus dem zweiten DEMOKON Research Paper gleichsetzen, auch wenn dies die parallele Verwendung der Bezeichnung „Gegner:innen“ womöglich suggerieren mag. Um begrifflichen Missverständnissen vorzubeugen, sprechen wir an dieser Stelle explizit von *entschiedenen* Gegner:innen (und Befürworter:innen).

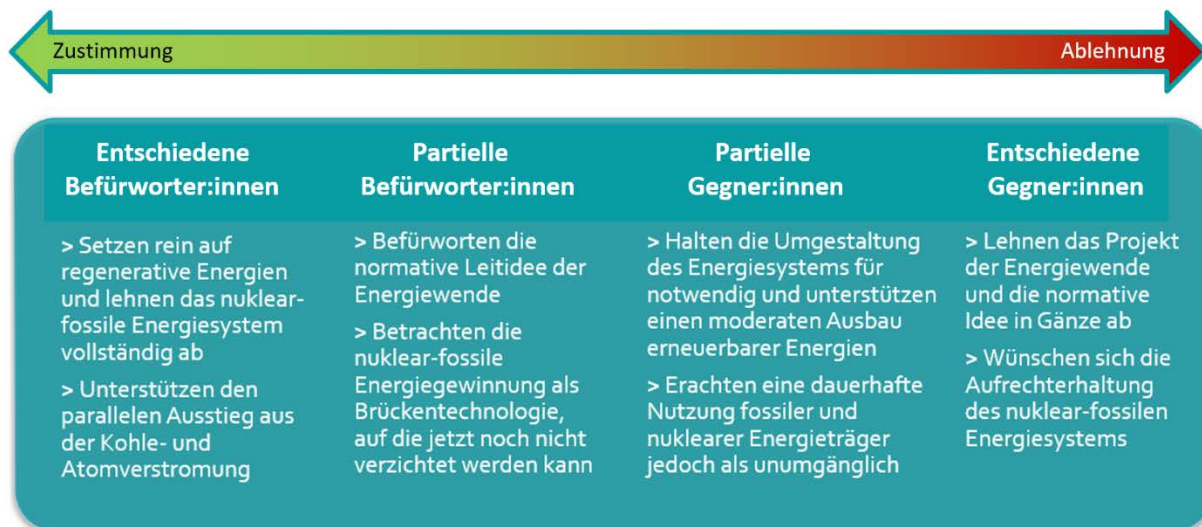


Abbildung 1: Haltungen der Unbeteiligten zur Energiewende. Quelle: eigene Darstellung.

Im nächsten Schritt haben wir untersucht, welche Faktoren die persönliche Haltung zur Energiewende beeinflussen. Hierbei gehen wir in erster Linie auf die schon vorher beschriebenen Unterschiede bei der Beteiligung, Betroffenheit und dem Interesse hinsichtlich der Energiewende und damit verbundener Konflikte ein. Deutlich wird: Der vermutet starke Einfluss der Handlungsebene auf die persönliche Haltung zur Energiewende (also: anlässlich der Energiewende aktiv geworden zu sein) verliert an Bedeutung in seinem grundsätzlichen Grad der Befürwortung oder Ablehnung, wenn kognitive, soziale und emotionale Einstellungs- und Erfahrungsaspekte der Befragten diesbezüglich berücksichtigt werden. Das gilt ebenfalls für die Frage nach der Betroffenheit der Befragten bei Projektvorhaben. Weder davon betroffen noch nicht betroffen zu sein wirken sich signifikant auf die Haltung zur Energiewende aus.

Demgegenüber trägt ein geringes Interesse an der Energiewende durchaus zur Erklärung einer ablehnenden Haltung bei bzw. kann diese verstärken. Einflussreich ist zudem die vermutete Meinung von Freunden. Wer denkt, im Freundeskreis lehne die Mehrheit die Energiewende ab, positioniert sich selbst ebenfalls ablehnender und wer umgekehrt meint, die Freunde seien mehrheitlich für die Energiewende, positioniert sich selbst tendenziell positiver. Ein ähnlicher Befund findet sich auch in den qualitativen Interviews: Viele Befragte waren davon überzeugt, ihre Einstellung zum Energiewendeprojekt vor Ort würde von der Mehrheit der Einwohner:innen geteilt werden.

Dies unterstreicht noch einmal den Stellenwert sozialer Normen für politische Einstellungen. Nicht zuletzt beeinflussen auch Emotionen die Haltung zur Energiewende. Je stärker hier das Thema die Befragten aufregt und ihr Gemüt erhitzt, desto eher zeigen sie eine ablehnende Haltung. Ein solcher Einfluss zeigt sich auch für das politische Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der Umsetzung der Energiewende. Jedoch ist der Einfluss dieser beiden Emotionen auf die Haltung zur Energiewende, auch zusammengenommen, zumindest für die bundesweite Stichprobe eher nachrangig. Auf Ebene der Konfliktregionen scheint der Einfluss von Emotionen tendenziell stärker zu sein, besonders in den Windregionen und der Lausitz.

Zudem spielt in den Regionen – mit Ausnahme des Rheinischen Reviers – das Maß der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland eine größere Rolle als dies bundesweit der Fall ist. Unzufriedenheit mit der Demokratie insgesamt bedeutet dabei in der Regel eine stärkere Ablehnung der Energiewende. Demgegenüber begünstigt eine größere Zufriedenheit mit der Demokratie eine Befürwortung der Energiewende. Durchgehend erweist sich zudem die politische Selbstverortung als bedeutender Prädiktor für die Haltung zur Energiewende. Je eher sich die Befragten politisch rechts von der Mitte verorten, desto eher lehnen sie die Energiewende ab. Anders herum befürworten sie die Energiewende eher, wenn sie sich politisch links verorten.

Als Personen, die sich nicht handlungsförmig für oder gegen die Energiewende im Allgemeinen oder im Einzelnen engagiert haben, lassen sich die Unbeteiligten quantitativ und qualitativ als Teilgruppe in der Bevölkerung beschreiben, die sich soziodemografisch in nahezu allen angeführten Aspekten wesentlich von den Aktiven unterscheidet. Zudem variieren das Interesse und die Art der Informationsbeschaffung zwischen den Unbeteiligten und Aktiven, allerdings etwas weniger stark als erwartet. Grundsätzlich äußern die Unbeteiligten großes Interesse an der Energiewende wie auch an deren Auswirkungen auf die eigene Stadt oder Gemeinde. Ähnlich verhält es sich mit der persönlichen Haltung zur Energiewende, die von einer deutlichen Mehrheit der Unbeteiligten befürwortet wird, wenn auch von weniger Befragten als unter den Aktiven. Gleichzeitig offenbart sich unter den Unbeteiligten ein erheblicher Anteil an partiellen Befürworter:innen bzw. Gegner:innen. Erste Erklärungsversuche und Zusammenhänge zur Entstehung dieser Meinungsbilder lassen sich durch die Analyse einzelner Einflussfaktoren ableiten. Diese müssen teilweise im spezifischen Kontext der Konfliktregionen verstanden werden.

4. Was kritisieren die Unbeteiligten?

Die Unterstützung der Energiewende ist also auch unter den Unbeteiligten groß, die generelle Notwendigkeit des Projekts wird kaum bezweifelt. Der starke Rückhalt spiegelt sich auch in einer durchaus beachtlichen Bereitschaft zur Umsetzung persönlicher Energiewendemaßnahmen, die sich in den Interviews und Gruppendiskussionen zeigt. Diese Form der Partizipation reicht von Energiesparen bis zur Installation einer Photovoltaik-Anlage oder einer Wärmepumpe. Hinter den individuellen Anstrengungen stehen sehr unterschiedliche Motive - vom Klimaschutz über finanzielle Vorteile bis hin zu Autarkie- und Sicherheitsüberlegungen. Wie dem Bevölkerungsdurchschnitt, so scheint es also auch den Unbeteiligten weniger um die Frage zu gehen, *ob* es grundsätzlich einer Transformation des Energiesystems bedarf, als vielmehr darum, *wie* dieses soziotechnische Großprojekt idealerweise umzusetzen ist. An der Umsetzung entzündet sich die Kritik. In den Interviews und Gruppendiskussionen können die folgenden zentralen Kritikpunkte identifiziert werden, die sich zum Teil auch durch die Befragung quantifizieren lassen.⁵

4.1. Kritik an der Umsetzung

Die Unbeteiligten beanstanden insbesondere die **mangelhafte politische Planung und Steuerung** der Energiewende. Dabei wird bundesweit unter anderem von der Hälfte kritisiert, dass bei der Umsetzung die soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleibe, aber auch eine Gefährdung der Versorgungssicherheit wird mehr von Unbeteiligten befürchtet als von Aktiven. In den Konfliktregionen wird sowohl von knapp der Hälfte der Unbeteiligten als auch der Aktiven befürchtet, dass die soziale Gerechtigkeit nicht gesichert werden kann. Mit deutlich über der Hälfte beider Gruppen ist die Kritik aus der Lausitz hierbei am deutlichsten ausgeprägt. Etwa ein Drittel der Unbeteiligten in den Konfliktregionen hält im Mai 2021 die Versorgungssicherheit durch die Energiewende für gefährdet. 41 Prozent sehen keine Gefährdung. Ein Jahr später, in der sich zum Befragungszeitpunkt gerade entwickelnden Energie- bzw. Gaskrise im Zuge des Ukraine-Krieges, dreht sich das Verhältnis um und diese Sorge wird von 43 Prozent der Unbeteiligten geteilt. Die größte Angst um die Versorgungssicherheit besteht hierbei mit Abstand wieder in der Lausitz (rund 48 %), und auch wenn sich die Sorge in den anderen Regionen zum zweiten Befragungszeitpunkt um einige Prozentpunkte erhöht, sind die Unbeteiligten in der Lausitz noch mit einer Differenz von mindestens 7 Prozentpunkten am besorgtesten. Dies gilt jedoch auch für die Aktiven dort, von denen noch mehr die Versorgungssicherheit gefährdet sehen (rund 55 %).

⁵ Die nachfolgenden Ausführungen besitzen keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Neben den dargelegten, existieren gewiss noch weitere Kritikpunkte, die von den Unbeteiligten mit Blick auf die Energiewende vorgetragen werden. Wir konzentrieren uns an dieser Stelle auf diejenigen, die sich im Rahmen unserer Analyse als besonders bedeutsam herauskristallisiert haben.

Generell ist zu sagen, dass die Sorge um die Versorgungssicherheit bei den Aktiven in den Konfliktregionen durchweg höher ist als bei den Unbeteiligten. In den qualitativen Interviews werden in dem Zusammenhang sowohl Aspekte von Verteilungs-, Verfahrens- als auch von Anerkennungsgerechtigkeit auf unterschiedlichen räumlichen und politischen Ebenen thematisiert.

Die Verteilung von finanziellen Lasten, vor allem steigender (Energie-)Kosten für Haushalte, Betriebe und Unternehmen, stehen dabei im Vordergrund, was auch die Sorge vor dem Abbau von Arbeitsplätzen antreibt. Knapp ein Drittel der Unbeteiligten in unserer Umfrage teilt diese Sorge, ein weiteres Drittel “teils/teils”. Unten den Aktiven ist es jeweils ein Fünftel.

Zur Frage, wie zukünftig politische Entscheidungen zur Energiewende getroffen werden sollten, gehen die Meinungen auseinander. Während einige fordern, Politiker:innen sollten ihre Gestaltungsmacht stärker nutzen, um eine effektive Energiewendepolitik zu betreiben, zweifeln andere die Kompetenzen politischer Akteur:innen an und wünschen sich einen stärkeren Einfluss von (technischen) Expert:innen, da diesen aufgrund ihres Sachverstandes eine rationale Entscheidungsfindung im Sinne des Gemeinwohls zugetraut wird. Formate der Bürgerbeteiligung lehnt ein Teil der Befragten mit dem Verweis auf die vermeintliche Unwissenheit “normaler” Bürger:innen ab. Dagegen stehen diejenigen, die kritisch auf repräsentative Entscheidungsformen blicken und mehr Mitbestimmung der Bürger:innen in Energiewendefragen verlangen. So denkt zwar mehr als Hälfte der Unbeteiligten, dass die Bürger:innen zu wenig an der Umsetzung der Energiewende beteiligt würden, unterscheidet sich damit aber kaum von den Aktiven.

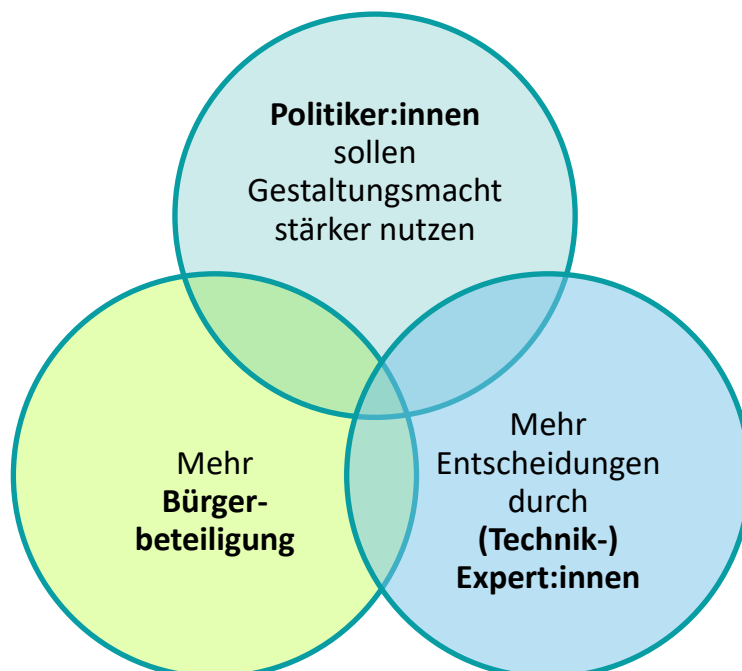


Abbildung 2: Präferierte Entscheidungsmodi der Unbeteiligten. Quelle: Eigene Darstellung.

Eng hieran gekoppelt ist eine Kritik an der grundsätzlichen **konzeptuellen Gestaltung und Ausrichtung der Energiewende**. Unter anderem finden über 60 Prozent der Unbeteiligten Ansätze für eine dezentrale Energieversorgung würden vernachlässigt und plädieren dafür, diese stärker zu verfolgen, um räumliche Belastungen – beispielsweise durch Stromtrassen oder große Umspannwerke – zu minimieren und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen (“der Strom soll dort generiert werden, wo er verbraucht wird”). Mehr noch wird eine Vernachlässigung dezentraler Ansätze von den Aktiven kritisiert.

Allerdings fordert ein Teil der Unbeteiligten ein grundsätzliches Umdenken bei der Gestaltung des Transformationsprozesses. Die Energiewende dürfe nicht länger ausschließlich auf technische Effizienzsteigerung abzielen bzw. blind auf technische Lösungen vertrauen, sondern müsse auch Maßnahmen zur Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs – sogenannte Suffizienz-Strategien – beinhalten.

Ebenso virulent ist der Vorwurf eines “deutschen Alleingangs” bei der Planung der Energiewende. Vermehrt wird angemahnt, die Transformation des Energiesystems nicht als losgelöstes, nationales Projekt zu verstehen, sondern einen europäischen bzw. internationalen Energiewendeansatz zu entwickeln.

Während sich derartige Einwände eher auf einer ideellen bzw. konzeptionellen Ebene bewegen und die grundsätzliche Ausrichtung der Energiewende betreffen, adressieren andere stärker die bisherige **Umsetzung in der Praxis und die damit verbundenen Maßnahmen**. Mit Blick auf die Geschwindigkeit, mit der die Politik den Transformationsprozess bisher umgesetzt hat, gibt es gegenläufige Wahrnehmungen. Rund ein Viertel unter den Unbeteiligten und damit fast doppelt so viele wie unter den Aktiven teilt die Einschätzung, dass die Energiewende zu schnell erfolge und mehr Zeit brauche. Besonders weit verbreitet ist diese Ansicht mit fast 40 Prozent der Befragten in der Lausitz, gefolgt vom Rheinischen Revier, wo die Zustimmung der Unbeteiligten von der ersten zur zweiten Befragung um rund 9 Prozentpunkte auf 34 Prozent steigt.

Während die Zustimmung der Aktiven in der Lausitz in diesem Zusammenhang über 40 Prozent ausmacht, ist sie in den übrigen Regionen niedriger und nimmt in den Stromtrassenregionen über die Zeit sogar um fast die Hälfte ab. Teile der Bevölkerung, Regionen oder gar die Gesellschaft als Ganze, vor allem die, die schon nicht an der Energiewende beteiligt sind, drohen in dieser Wahrnehmung überfordert zu werden. Dahingegen vertreten 62 Prozent der Unbeteiligten bundesweit die Ansicht, die Energiewende werde zu langsam umgesetzt, um das Klima wirksam zu schützen, was die Aktiven zu 73 Prozent angegeben haben. In den Konfliktregionen findet sich dieser Unterschied auf einem niedrigeren Zustimmungsniveau wieder. Hier lassen sich des Weiteren die Ergebnisse aus der vorigen Frage umgekehrt widerspiegeln: Die Zustimmung zu dem Item ist unter den Aktiven generell höher als unter den Unbeteiligten und in der Lausitz findet er mit großem Abstand durchgehend die wenigste Zustimmung.

Nicht selten werden schließlich die technischen Rahmenbedingungen kritisiert, die sich nicht nur aus den vermeintlichen Funktionsdefiziten der erneuerbaren Energien ergäben, sondern auch daraus, dass spezifische Technologien (wie z. B. Nuklearenergie) kategorisch ausgeschlossen würden, ohne sich näher damit zu beschäftigen. Zudem sehen bundesweit je etwas mehr als 40 Prozent der Unbeteiligten wie auch der Aktiven bei der gegenwärtigen Umsetzung der Energiewende den Landschafts- und Naturschutz nicht ausreichend berücksichtigt (vgl. auch Teune et al. 2021). In den Konfliktregionen ist diese Zahl im Durchschnitt niedriger, sowohl bei Unbeteiligten (37,4%) als auch bei den Aktiven (40,1%) und sie sinkt in der zweiten Befragung bei beiden Gruppen nochmals ab (auf 26,7% bzw. 33,5%).

Tabelle 1: „Was stört Sie am meisten an der Umsetzung der Energiewende?“ Zustimmung bzw. „teils/teils“-Bewertungen (in Klammern) zu den jeweiligen Aussagen unter Unbeteiligten und Aktiven. Angaben in Prozent. Quelle: Eigene Darstellung.

Aussagen	Unbeteiligte	Aktive
Es geht zu langsam, um das Klima wirksam zu schützen.***	62,3 (21,8)	73,0 (14,1)
Es geht zu schnell, der Wandel braucht mehr Zeit.***	26,2 (20,2)	17,1 (12,4)
Die Bürger/innen werden zu wenig beteiligt.	53,9 (28,4)	57,9 (24,3)
Der Landschafts- und Naturschutz wird nicht ausreichend berücksichtigt.	41,5 (30,2)	44,4 (27,4)
Die soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke.*	50,0 (27,7)	45,9 (25,9)
Die Energiewende kostet Arbeitsplätze.***	26,4 (27,2)	19,6 (21,0)
Die Versorgungssicherheit wird gefährdet.***	31,1 (19,7)	25,0 (15,1)
Ansätze für dezentrale Energieversorgung werden vernachlässigt (z. B. kleinere Anlagen in der näheren Umgebung).***	60,7 (28,3)	71,4 (19,5)

Signifikanz der Gruppenunterschiede: * $p \leq ,05$; ** $p \leq ,01$; *** $p \leq ,001$.

4.2. Lösungs- und Bewältigungsstrategien

Neben der umfangreichen Kritik an der derzeitigen Umsetzung der Energiewende offenbaren die Interviews und Fokusgruppen auch Vorstellungen der Unbeteiligten zum Umgang mit den diagnostizierten Herausforderungen. Die Frage, wie die vorliegenden Probleme bewältigt werden sollten, wird zum Teil sehr unterschiedlich beantwortet. In den qualitativen Interviews mit den Unbeteiligten vor Ort kristallisieren sich unterschiedliche Bewältigungsstrategien heraus, die sich trotz Überlappungen zu den folgenden vier Idealtypen verdichten lassen:

- ▶ **“Individualisten”**: Ein Teil der Unbeteiligten sieht individuelle Verhaltensänderungen als vorrangiges Mittel, um den bisherigen Umsetzungsdefiziten entgegenzuwirken. Sie vertreten die Auffassung, die Energiewende könne nur gelingen, wenn jede:r Einzelne durch eine Anpassung des eigenen Verhaltens (z. B. Verzicht und Genügsamkeit, bauliche Maßnahmen, Investitionen etwa in Dämmung, eine neue Heizung, Solarpanels auf dem Hausdach, einen energiesparsameren Kühlschrank oder ein E-Bike) dazu beiträgt. Diese Personen sehen die Bürger:innen in der Pflicht, insbesondere aufgrund des zögerlichen Handelns des Staates, selbst aktiv zu werden. Unterschieden werden müssen diejenigen, die aus finanziellen Motiven oder Gründen der energetischen Versorgungssicherheit nicht mehr länger auf politische Maßnahmen warten wollen oder können von jenen, deren Beweggründe in moralischen Überzeugungen wurzeln.
- ▶ **“Staatsfokussierte”**: Nicht alle Befragten glauben an die Wirksamkeit individueller Verhaltensänderungen. Diejenigen, die vorrangig politische Akteur:innen als die Verantwortungstragenden betrachten, welche durch klare politische Vorgaben und wirksame Regulierungen die Mängel in der Umsetzung der Energiewende beheben sollten, befürworten ein anderes Lösungskonzept. Sie sehen die Nutzung staatlicher Handlungsräume (z. B. Preisgestaltung, Verbote und Anreize) als effektivste Möglichkeit, die Energiewendeziele gegen die Widerstände (z. B. reformresistente Wirtschaftsunternehmen) durchzusetzen. Sie setzen auf einen top-down-Prozess bei der Energiewende.
- ▶ **“Technik- bzw. Innovationsgläubige”**: Die dritte Gruppe bilden Personen, welche die defizitären technischen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen (z. B. fehlende Speicherlösungen) als zentrales Problem für den Vollzug der Energiewende begreifen. Sie setzen auf den wissenschaftlichen bzw. technologischen Fortschritt und gehen davon aus, dass lediglich neue Technologien (z. B. im Bereich der erneuerbaren Energien, aber auch der nuklearen Energiegewinnung oder der Kernfusion) eine Transformation des Energiesystems ermöglichen. Sie setzen auf Technik und Innovation durch Forschung und Entwicklung.
- ▶ **“Hoffnungslose”**: Neben den drei zuvor skizzierten Typen mit klaren Lösungsperspektiven stehen diejenigen, die kein Vertrauen mehr in die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende haben und sich demnach auch nicht (mehr) auf eine Lösungsstrategie festlegen. Im Gegensatz zu Energiewendengegner:innen lehnen sie die Transformation des Energiesystems nicht grundsätzlich ab. Allerdings scheinen ihnen die vorherrschenden Probleme und die Bearbeitung so aussichtslos zu sein, dass Zukunftsängste und Unsicherheiten ihr Denken dominieren, was sie potenziell empfänglich für Argumente der Energiewendengegner:innen macht. Für die “Hoffnungslosen” steht die Energiewende auf verlorenem Posten.

Auch wenn die große Mehrheit der Unbeteiligten das Vorhaben Energiewende unterstützt, wird unterschiedlich ausgeprägte Kritik an der Umsetzung geäußert. Denjenigen, die für die Energiewende und ihre Umsetzung die Verantwortung tragen, wird mitunter ein undurchdachtes Vorgehen, Intransparenz und fehlender (technischer) Sachverstand vorgeworfen – zusammengefasst: eine Gefahr für die Versorgungssicherheit.

Gefordert werden zudem neue Gestaltungsansätze: Es solle mehr auf Suffizienz statt Effizienz gesetzt, verstärkt dezentrale Ansätze verfolgt und eine intensivere Einbettung der Energiepolitik in internationale Strukturen vorgenommen werden. Auch das Tempo, mit dem die Energiewende vorschreitet, erfährt Kritik. Weitere Kritikpunkte betreffen die Missachtung von Gerechtigkeitsprinzipien, technischen Rahmenbedingungen sowie der Folgen für Natur und Landschaft.

Schließlich zeigt sich auch, dass die Unbeteiligten unterschiedliche Lösungsstrategien für die wahrgenommenen Probleme befürworten: Während die „Individualist:innen“ auf eine Verhaltensanpassung der Bürger:innen setzen und „Staatsfokussierte“ auf die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen verweisen, gehen die „Technikgläubigen“ von einer Lösung durch erwartete technologische Innovationen aus. Die „Hoffnungslosen“ hingegen glauben nicht mehr an eine erfolgreiche Energiewende und sehen keine Lösungsperspektive.

5. Welche Rolle spielen populistische Argumentationsmuster?

Im Zuge der zunehmenden Kritik an der Umsetzung wie auch an der grundlegenden Legitimität der Energiewende haben populistische Akteur:innen und Diskurse an Bedeutung gewonnen (vgl. Reusswig et al. 2021). Bisherige empirische Befunde weisen auf die Virulenz populistischer Argumentationen in der Diskussion um die ökologische Transformation hin, z. B. in Form der Leugnung des Klimawandels sowie durch den Verdacht auf Klüngelei zwischen Politik, Wirtschaft und “Windkraftlobby” (vgl. Reusswig/Küpper/Rump 2021).

Im Rahmen des Projekts DEMOKON haben wir daher mit Hilfe qualitativer (Gruppen-)Interviews und der quantitativen Bevölkerungsbefragung untersucht, inwiefern die Themen Klimawandel und Energiewende populistisch aufgeladen werden und wie ein solcher Anti-Energiewende-Populismus unter den Unbeteiligten anschlussfähig ist. Zur Erfassung eines spezifischen Anti-Energiewende-Populismus wurde ein Indikator entwickelt, der Auskunft über die Verbreitung populistischer Einstellungsmusters in Bezug auf die Energiewende in der Bevölkerung gibt.

Angelehnt an etablierte Theorien wurde zunächst die Existenz des **ideologischen Kerns des Populismus** in den Blick genommen, welcher sich durch zwei Hauptkonflikte auszeichnet: den politischen Konflikt zwischen dem ‘betrogenen Volk’ und der ‘korrupten Eliten’ (*Elitenkritik*) sowie den Konflikt um die Legitimität von Interessen zwischen vermeintlich ‘schändlichen Minderheiten’ und der einheitlichen Mehrheit des Volkes (*Antipluralismus*). Die **Elitenkritik** manifestiert sich im Kontext der Energiewende im Vorwurf, es handele sich dabei um ein Projekt links-grüner Eliten und Unternehmen und Politiker:innen wollten sich durch den Windausbau nur bereichern.

Diese beiden Aussagen finden im Bundesdurchschnitt bei mehr als einem Fünftel der Unbeteiligten Zustimmung, womit sie sich kaum von den Aktiven unterscheiden. Rund ein Drittel der Unbeteiligten schließt sich jener Elitenkritik zumindest teilweise an, die Aktiven zu rund einem Viertel. Dass die Energiewende auf der anderen Seite gegen den Willen der ‘einfachen Leute’ durchgesetzt werde und diese am Ende dafür zahlen müssten, denken 37 Prozent der Unbeteiligten und 32 Prozent der Aktiven. Im mittleren Graubereich finden sich weitere 39 Prozent der Unbeteiligten wieder und mit 37 Prozent auch kaum weniger der Aktiven. In den Interviews mit Personen in den untersuchten Konfliktregionen wird Elitenkritik zwar nicht primär in der populistischen „Wir-hier-unten vs. Die-da-oben“-Logik ausformuliert, gleichwohl finden wir mitunter eine verkürzte Kritik an moralisch verrohten Politiker:innen, die sich vom Volk entfernt hätten und von mächtigen Wirtschaftslobbyist:innen vereinnahmt seien.

Hinweise auf **antipluralistische Argumentationen** finden sich in der qualitativen Analyse insbesondere in Form von Rekursen auf den sog. *Common-Man* bei einigen Befragten, die überzeugt davon waren zu wissen, was die lokale Mehrheit will, und diesen Willen auch im Sinne dieser Mehrheit artikulieren zu können. Darin spiegelt sich die Behauptung einer vermeintlich übereinstimmenden Sichtweise der Lokalbevölkerung, die möglicherweise davon abweichende Positionen ausschließt.

Über diese zwei Kernelemente hinaus lassen sich zudem durch die quantitative Befragung weitere **energie-wendespezifische populistische Narrative und Diskursfragmente** identifizieren. Darunter zählen die Verklärung des alten, fossilen Energiesystems und eine Form des Nationalprotektionismus, der die Dringlichkeit einer Energiewende in Deutschland in Frage stellt. Auch diese Sichtweisen sind unter den Unbeteiligten im Vergleich zu den Aktiven jeweils deutlich eher vorzufinden. Insgesamt zeigt der entwickelte Indikator mehr als 20 Prozent der Unbeteiligten im Zustimmungsbereich eines solchen Anti-Energiewende-Populismus an. Weitere 25 Prozent der Unbeteiligten können im entsprechenden Graubereich verortet werden und sind damit zumindest als potenziell anfälliger für die populistischen Einstellungen zu betrachten. In beiden Bereichen unterscheiden sich die Unbeteiligten signifikant von den Aktiven, die im Durchschnitt zu 17 Prozent dem Anti-Energiewende-Populismus zustimmen und sich zu 18,5 Prozent zwischen Zustimmung und Ablehnung bewegen.

Auch wenn auf Basis des Indikators einem nicht unerheblichen Teil der Unbeteiligten, aber auch der Aktiven, eine Affinität zum Anti-Energiewende-Populismus attestiert werden kann, zeigen die qualitativen Befunde, dass die betreffenden Aussagen und Einstellungen auch in differenzierter und distanzierter Weise vorgefunden werden können. In den direkten Gesprächen tritt bei den Unbeteiligten eine beachtliche **Resilienz gegenüber populistischen Narrativen** zu Tage. Diese kann zumindest das Verfangen eines enthemmten Populismus erschweren. So wird in den von Populist:innen als Artikulationsorgan des Volkswillens gelobten direktdemokratischen Entscheidungsmodellen eine gesellschaftliche Gefahr gesehen. Auch populistische Rhetoriken (wie z. B. den Begriff „Klimahysterie“) und Argumentationsformen werden kritisiert oder die Ablehnung entsprechender Akteur:innen von Rechtsaußen – allen voran der AfD – zum Ausdruck gebracht.⁶ Die in Interviews und Fokusgruppen befragten Unbeteiligten gehen zudem mehrheitlich davon aus, dass sich die Gesellschaft aus einer Vielzahl von Gruppen zusammensetzt, deren Interessen sich aufgrund verschiedener Lebensrealitäten unterscheiden. Der klassisch-populistischen Vorstellung eines homogenen Volkswillens kann eine solche Auffassung im Wege stehen.

Dem durch die Befragung gezeichneten Bild eines Anti-Energiewende-Populismus können durch die qualitative Forschungsperspektive noch weitere Details hinzugefügt werden. Potenzial zur populistischen Aktivierung der Unbeteiligten lässt sich auch in einzelnen, dem populistischen Politikstil zugehörigen Elementen ausmachen, die in den direkten Gesprächen mit Unbeteiligten im lokalen Raum erkennbar wurden. Dazu gehören u.a. die **Emotionalisierung und Moralisierung** der eigenen Argumentationen und Deutungen. Vereinzelt findet sich auch ein abwertender Sprachstil, der sich insbesondere in der Dif-famierung von Politiker:innen und Akteursgruppen aus dem Umfeld der Klimagerechtigkeitsbewegung (z. B. *Fridays for Future* oder *Ende Gelände*) ausdrückt. Teils lässt sich auch ein Rückgriff auf **Verschwörungstheorien und anti-hegemoniale Gegenexpertisen** beobachten.

⁶ Zurückweisung und Adaption populistischer Inhalte und Ausdrucksformen schließen sich nicht prinzipiell aus, sondern können parallel auftreten. Eine auf der vordergründigen Aussageebene getroffene Abgrenzung dazu kann auf der hintergründigen Einstellungsebene durchaus mit einer Übernahme populistischer Ideologien und Logiken einhergehen. Viele Menschen bevorzugen zu antworten, wie sie glauben, sozial erwünscht zu antworten, anstatt nur ihre tatsächliche Einstellung zum Ausdruck zu bringen, die sie aber möglicherweise schlecht darstellen lässt. Dieser Effekt sozialer Erwünschtheit kann in der direkten Interaktion der (Gruppen-)Interviews noch viel stärker wirken als in der Anonymität der durchgeführten Onlinebefragung.

Der technologisierte Energiewendediskurs erweist sich mitunter als geeigneter Raum für “alternative Fakten” und heterodoxes Wissen – beispielsweise zu den Gefahren von Infraschall und elektromagnetischer Strahlung oder – in Extremfällen – zu dem pseudowissenschaftlichen Konzept “freier Energie”. Ferner zeigen sich bei einigen Befragten Grundzüge eines verklärten, teils romantisierten Vergangenheits- und Landschaftsbildes. Die Idealisierung der (regionalen/nationalen) Vergangenheit geht nicht selten mit **protektionistischen und globalisierungskritischen Argumentationen** einher. Zweifel am Einfluss der Energiewende auf das globale Klima münden in der vereinfachenden Behauptung, die Transformation, welche sich Deutschland selbst auferlege, könne keinen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn sich andere Staaten nicht ebenso darum bemühen würden. Die angestrebte Transformation sei demzufolge vergebens und belaste nur die deutsche Bevölkerung. Zuletzt zeigt sich implizit in dem Wunsch nach konsequentem politischem Durchgreifen eine Form von **Autoritarismus**. So wird teilweise gefordert, Regel- bzw. Gesetzesverstöße von Akteur:innen wie Ende Gelände härter zu bestrafen. Grenzübertritte im Rahmen von zivilem Ungehorsam sowie Abweichungen von Beschlüssen und Festgelegtem werden von einigen Befragten nicht geduldet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die an den Energiekonflikten Unbeteiligten keineswegs einfach populistischen Erzählungen unterliegen, die sich gegen die Energiewende richten. Allerdings zeigen nicht wenige trotz kritischen Reflexionsvermögens und spezifischen Resilienzen eine gewisse Offenheit für populistische Logiken, die sie auch in der Art und Weise niederschlagen, wie über Klimawandel und Energiewende gesprochen wird. Gerade der oft technologisch geführte Diskurs über die Energiewende bietet hierfür Anschluss. Dies kann mit mehr Ablehnung bzw. geringer Befürwortung der Energiewende durch die Unbeteiligten einhergehen, auch wenn die große Mehrheit im Prinzip dafür ist.

Insgesamt lassen sich auch für die beiden angeführten Gruppen der Unbeteiligten und Aktiven kaum völlig gegensätzliche Positionen zur Energiewende ausmachen. Anders gesagt: Unbeteiligte und Aktive unterscheiden sich in den Einstellungen zur Energiewende weniger stark als das politisch aktive Handeln der einen und das Nicht-Handeln der anderen vermuten lassen könnten. Die populistische Erzählung von einer “schweigenden Mehrheit”, die gegen die Energiewende sei, entbehrt damit nach wie vor jeder Grundlage.

6. Literatur

Reusswig, Fritz; Beate Küpper, Wiebke Lass, Seraja Bock, Julia Schatzschneider (2021): Populismus und Energiewende. DEMOKON – Research Paper I. https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf

Reusswig, Fritz; Beate Küpper, Maïke Rump (2021): Propagandafeld Klima. In: Andreas Zick/Beate Küpper (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: Dietz-Verlag, S. 262-281.

Teune, Simon; Maïke Rump, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Fritz Reusswig, Wiebke Lass (2021): Energiewende? - ja! Aber... - Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung. Demokon Research Paper II. https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content.

7. Anhang

Tabelle 2: Bundesweite Stichprobenverteilung nach soziodemografischen Merkmalen der Unbeteiligten (n = 1.094) und Aktiven (n = 918). Angaben in Prozent.

MERKMAL	AUSPRÄGUNG	UNBETEILIGTE	AKTIVE
Alter***	16–29 Jahre	16,6	27,0
	30–44 Jahre	17,6	22,5
	45–59 Jahre	29,8	28,7
	ab 60 Jahre	36,0	21,8
Geschlecht*	Weiblich	52,1	47,7
	Männlich	47,9	52,3
Schulabschluss***	Volks- oder Hauptschulabschluss	28,9	17,3
	Mittlerer Abschluss	33,2	24,0
	Fachhochschulreife oder Abitur	37,9	58,6
Ausbildungs-ab- schluss***	Ohne abgeschlossene oder anerkannte Ausbildung	2,5	2,7
	Abschluss einer Berufsaus- bildung, Berufsfach- oder Handelsschule	52,8	37,4
	Abschluss einer Fach-, Meis- ter- oder Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie	13,7	13,5
	(Fach-)Hochschulabschluss	23,8	33,8
	Promotion	1,4	2,6
	Noch in der Schule/Ausbil- dung/im Studium	5,7	10,1

Haushaltsnetto-einkommen*	Einkommensschwach, relative Einkommensarmut (< 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens)	13,3	17,2
	Mittelschicht (60 bis < 150 % des Medians)	69,4	63,0
	Einkommensstark (>= 150 % des Medians)	17,3	19,8
Bundesgebiet	Ostdeutschland	16,0	13,1
	Westdeutschland	84,0	86,9
Wohnumgebung*	Großstadt oder Stadt	35,0	39,3
	Dorf oder Land	65,0	60,7
Politische Selbstverortung***	Links	17,6	36,7
	Mitte	66,6	53,5
	Rechts	6,1	4,2
	Ohne Einordnung	9,7	5,6
Parteipräferenz***	CDU/CSU	30,5	18,5
	SPD	18,3	13,9
	Bündnis90/Die Grünen	16,1	33,3
	FDP	7,2	6,4
	Die Linke	4,9	9,9
	AfD	4,3	4,7
	Keine	18,7	13,3



DEMOKON | Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende

Kontakt: www.DEMOKON.de

Das vorliegende DEMOKON-Policy Paper IV wurde von den oben genannten Autor:innen des DEMOKON-Konsortiums ausgearbeitet. Sie spiegelt nicht zwangsläufig die Meinung des gesamten DEMOKON-Konsortiums oder des Fördermittelgebers wider.

Gefördert durch:

STIFTUNG
MERCATOR

Projektkonsortium

